

Antworten auf die Wahlprüfsteine von PETA Deutschland e.V. zur Landtagswahl 2026

1. Kontrollen in Agrarbetrieben

Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende rheinland-pfälzische Agrarbetriebe im Durchschnitt nur alle 15,5 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre sowie eine entsprechende Personalaufstockung?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für einen wirksamen Tierschutz durch konsequenten Vollzug bestehender Vorschriften. Entscheidend ist dabei für uns die Qualität, Fachlichkeit und Zielgenauigkeit. Wir setzen uns daher für risikoorientierte, anlassbezogene und effektive Kontrollen sowie für eine Stärkung der Veterinärverwaltungen ein.

2. Tierverbrauch in der Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für studentische Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierverbrauch für die Lehre in rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Wir bekennen uns zum 3R-Prinzip. „Replace, Reduce, Refine“ hat in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz eine klare, verbindliche rechtliche Grundlage. Es ist kein bloßes Leitbild, sondern rechtlich normiert und vollzugsrelevant. Wo immer wissenschaftlich fundierte Alternativen zur Verfügung stehen, sollen diese genutzt werden. Eine vollständige Abschaffung ist jedoch nicht in allen Ausbildungsbereichen realistisch.

3. Jagd auf Füchse

In Rheinland-Pfalz töten Jäger jedes Jahr rund 25.000 Füchse. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, welches durchweg positiv bewertet wurde.

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Rheinland-Pfalz nicht mehr flächendeckend bzw. massenhaft getötet werden dürfen?

Für uns ist die Jagd ein wichtiger Bestandteil eines verantwortungsvollen Wildtiermanagements. Pauschale Verbote lehnen wir daher ab.

4. Ausbildung von Jagdhunden

Die Ausbildung von „Jagdhunden“ an lebenden Füchsen in sogenannten Schliefenanlagen ist mit erheblichem Leid und Stress für die Tiere verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Ausbildung von Hunden an lebenden Füchsen einsetzen?

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt auf tierschutzgerechte Ausbildungsmethoden sowie die Einhaltung und Kontrolle bestehender Vorschriften.

5. Heimtierhaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Auch Bremen hat die Einführung für Mitte 2026 beschlossen.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

Wir befürworten Sachkunde bei der Hundehaltung, setzen jedoch auf verhältnismäßige und zielgerichtete Regelungen.

6. „Exotische“ Gefahrtiere

Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Rheinland-Pfalz dürfen weiterhin Tierarten wie Tiger oder Giftschlangen gehalten werden.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Gefahrtiergesetzes einsetzen, mit welchem die Anschaffung gefährlicher „exotischer“ Tiere verboten wird?

Die CDU fordert strengere Regelungen, Sachkunde und Kontrolle – pauschale Verbote lehnen wir jedoch ab.

7. Katzenschutzverordnung

Niedersachsen hat 2023 ein landesweites Katzenkastrationsgebot für Freigänger-Katzen beschlossen, um die Population von Streunerkatzen einzudämmen. In Rheinland-Pfalz wurden zwar die Kommunen dazu ermächtigt, jedoch setzten dies nur 49 von ihnen um.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines landesweiten Kastrationsgebots für Freigänger-Katzen einsetzen?

Wir unterstützen ein Kastrationsgebot und setzen uns für einheitliche, landesweite Vorgaben ein.

8. Wettfischen

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein Verbot jeglicher Wettfischveranstaltungen wie ´Königsfischen´, ´Pokalangeln´ oder Hegefischen mit Fangplatzierungen im Landesfischereigesetz festgeschrieben wird?

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für Nachhaltigkeit, Tierwohl, Natur- und Umweltschutz und lehnt tierschutzwidrige Wettbewerbe ab. Dabei setzen wir jedoch auf genaue Differenzierung, statt pauschaler Verbote.